

Entwurf zum Gesetz zur Treibhausgasminderungs-Quote

„Ein wichtiger Baustein für die Molekülwende“

Das Bundeskabinett hat heute unter Federführung des Bundesumweltministeriums das „Zweite Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote“ auf den Weg gebracht. Das THG-Quotengesetz ist aus Sicht des en2x – Wirtschaftsverbands Fuels und Energie ein wichtiger Baustein für die Molekülwende. Gefordert sind aber weitere Maßnahmen, um den zum Gelingen der Gesamt-Energiewende notwendigen Hochlauf grüner Moleküle für Verkehr, Wärme und Industrie sicherzustellen.

„Es ist gut, dass es mit dem Kabinettsbeschluss nun endlich mehr Klarheit darüber gibt, welche Anforderungen Kraftstoffstoffanbieter im nächsten Jahr wahrscheinlich zu erfüllen haben – vorbehaltlich möglicher Änderungen und abschließender Zustimmung im Bundestag“, sagte en2x-Hauptgeschäftsführer Christian Küchen zum Kabinettsbeschluss. „Aus industrielicher Sicht ist besonders hervorzuheben, dass das gemeinsame Verarbeiten von Mineralöl mit verschiedenen erneuerbaren Rohstoffen, das sogenannte Co-Processing, in Raffinerien deutlich umfassender ermöglicht wird, als dies derzeit der Fall ist.“

Co-Processing ist eine Schlüsseltechnologie, um fossile Rohstoffe schrittweise durch erneuerbare und recycelte Einsatzstoffe zu ersetzen und dabei bestehende Raffinerieinfrastrukturen weiter zu nutzen. „Das Co-Processing ist somit ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit der Raffinerien, deren Weiterbetrieb auch aus Gründen einer resilienteren Energie- und Rohstoffversorgung dringend notwendig ist.“

Zusätzliche Instrumente werden jetzt noch wichtiger

Im Kern fordert der Gesetzesvorschlag schon ab dem kommenden Jahr eine weitaus ehrgeizigere Treibhausgasminderung als bisher, was mit entsprechend höheren Erfüllungskosten einhergehen wird. Dies folgt vor allem aus dem Wegfall der Doppelanrechnung fortschrittlicher Biokraftstoffe. Daher werden schon kurzfristig deutlich größere Mengen fortschrittlicher Biokraftstoffe zur Quotenerfüllung benötigt. Küchen: „Um die Verbraucher dann nicht zu sehr zu belasten, ist eine Reform der Energiebesteuerung jetzt noch wichtiger geworden. Mit dieser sollten die erneuerbaren Kraftstoffe geringer besteuert werden als bisher.“

Der Entwurf sieht darüber hinaus ambitionierte Quotenvorgaben für strombasierte Kraftstoffe für den Straßenverkehr vor, Fachbegriff RFNBO (Renewable Fuels of Non-Biological Origin). „Die Erfahrung mit den schon bestehenden vergleichbaren Vorgaben der europäischen ReFuelEU Aviation für Flugkraftstoffe zeigt jedoch, dass bei extrem kapitalintensiven Technologien die Quotenvorgaben voraussichtlich nicht ausreichen, um die zur Erfüllung der Vorgaben erforderlichen Investitionsentscheidungen auszulösen“, so Küchen abschließend. „Es werden zusätzliche Instrumente wie etwa langfristige Preis- oder Abnahmeverpflichtungen zur Absicherung der Investitionen benötigt.“